

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 24.04.2018

„Förderzentrum Huchting weg – und nun?“

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft))

A. Problem

Die Fraktion der Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat für folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

1. Ist dem Senat die Planung des Jobcenters bekannt, das Förderzentrum im Stadtteil Huchting zu schließen und wenn ja, wie bewertet er diese Entscheidung?
2. Welche alternativen Fördermöglichkeiten und -angebote sieht der Senat nach der Schließung des Förderzentrums für die betroffene Zielgruppe?
3. Sieht der Senat darüber hinaus die Notwendigkeit weiterer wohnortnaher Angebote für von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen im Stadtteil?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Dem Senat ist die Planung des Jobcenters bekannt, das Förderzentrum Süd nicht zu verlängern bzw. erneut auszuschreiben. Die Geschäftsstelle Süd hat sich aufgrund des Bedarfs ihrer Kundengruppen gegen eine Neuausschreibung des Förderzentrums Süd entschieden. Der Senat kann diese Entscheidung fachlich nachvollziehen. Dieser Bewertung liegt vor allen Dingen die Unterauslastung des Förderzentrums zu Grunde.

Zu Frage 2:

Das Förderzentrum ist nur eine von mehreren Möglichkeiten von Förderinstrumenten, die dem Jobcenter zur Verfügung stehen. Das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2018 des Jobcenters enthält verschiedene Aktivierungsmaßnahmen. Fast ein Viertel des Gesamtbudgets entfällt auf Maßnahmen der Aktivierung und beruflichen Eingliederung.

Zu Frage 3:

Neben den Förderungen des für SGB II – Leistungsberechtigte gesetzlich zuständigen Jobcenters hat auch der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen die von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen in Huchting im Blick. Beispiele hierfür sind die Landesprogramme Perspektive Arbeit (LAZLO), Perspektive Arbeit Saubere Stadt (PASS) sowie weitere geplante Programme zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Quartiersbezug ist ein wichtiger Bestandteil von Arbeitsförderung im Land Bremen. Die Einbeziehung von lokalen Akteuren findet daher sowohl in der Planung als auch in der Umsetzung von arbeitsmarktpolitischen Programmen statt.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Bei allen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen berücksichtigen das Jobcenter und das Land Bremen die Chancengleichheit von Frauen.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Vorlage ist mit dem Jobcenter Bremen abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsfreiheitsgesetz steht nichts entgegen.

Geeignet nach Beschlussfassung im Senat.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 20. April 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.